

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 101 (1975)
Heft: 26

Artikel: Werbung auf dem Friedhof
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-621601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Werbung auf dem Friedhof

Die Leute der Werbebranche haben es nicht leicht, immer wieder mit neuen Einfällen, die einschlagen, ihre Kunden zu bedienen. Solche Einfälle sind denn auch oft ausgefallen, geschmacklos und respektieren keine Tabus. Nicht einmal der Friedhof ist vor ihnen sicher. Da lässt zum Beispiel einer sein Inserat, auf dem ein Name fett gedruckt ist, wie eine Todesanzeige schwarz umrahmen und in gleicher Grösse unter die

Todesanzeigen in der Zeitung stellen. Er weiss: die Todesanzeigen, also der Friedhof der Zeitung, sind für viele Leser jener Teil der Zeitung, nach dem sie zuerst Ausschau halten, und so wird ihr Blick von den wirklichen Todesanzeigen weg auch zu der vorge-täuschten mit dem Werbetext für eine Ware schweifen. Das ist schlau spekuliert. Die Inseratenverwaltung hat offenbar im Zeichen der Rezession beide Augen zugedrückt. Lange werden sich aber die Leser das nicht bieten lassen, und es könnte sein, dass eine solche Uebung den Zweck derselben nicht erreicht. Erna

Giovannettis Kaminfeuer-Geschichten



Der Ratbedürftige fragte den Weisen: «Nachdem du mir mit Rat beigestanden, möchte ich noch wissen, ob du selbst auch Schwierigkeiten hast. Du siehst wahrhaftig nicht aus, als hättest du welche.» Der Befragte antwortete: «Der Ratgeber hat nicht nur mehr Probleme, sondern diese sind grösser und schwerer – das ist normal. Jedoch, mit dem Ansteigen der Schwierigkeiten wächst die Hilfe von oben im gleichen Verhältnis; dies nimmt der Last alle Schwere. Darum sieht der Helfer meist aus, als berührten ihn die Nöte des Lebens nicht.»

Bundeskuppelleien

Wer sich noch immer über die zögernde Haltung des Bundesrates bezüglich der Besetzer in Kaiseraugst wundert, der glaubt nicht, was man höherenorts längst weiss: Nicht einige Linksextremistengruppen, die sich um politisches Kapital balgen, sind die Urheber des Uebels, sondern die Tatsache, dass es sich um eine Volksbewegung ersten Ranges handelt, von der alle politischen Parteien, insbesondere auch die Regierungsparteien, betroffen sind. Die von Bauern beherrschte Schweizerische Volkspartei musste mit Bundesrat Gnägi zur Kenntnis nehmen, dass zu den Vertretern des härtesten Besetzerkurses ziemlich viele Bauern gehören.

EMD-Chef Gnägi dürfte aber noch zusätzlich betroffen sein. Eingeweihete wollen wissen, dass ein erheblicher Teil der strategischen Planung für Besetzung und Abzug vom Gelände von einem höheren Generalstabs-offizier ausgearbeitet worden war. Der Volksunwille reicht bis in die höchste Spitze der Armee.

Aber auch in hohen Führungsstellen der Basler Chemie nagt die Anti-Atomwerk-Gesinnung: Bei einem Gespräch des Basler Gewerkschaftskartell-Bosses Nationalrat Hubacher mit einem Chemieboss soll der Herr Direktor mehr spasseshalber gefragt worden sein, ob er sich denn nicht in Kaiseraugst befinde. Nein, lautete die Antwort, er habe keine Zeit. Aber seine Frau Gemahlin sei eine ausreichende Stellvertretung.

Verschont blieben auch jene Liebhaber simpler Verhältnisse nicht, welche den schweizerischen Zivilschutz wenigstens unberührt von den Wogen des Atomhasses wähten. So wird von zuverlässiger Seite erzählt, der Zivilschutzchef des Städtchens Rheinfelden sei drauf und dran gewesen, seine wackeren Mannen den Besetzern bei einem allfälligen Polizeieinsatz zur Verfügung zu stellen. Zivilschutz-Schirmherr Kurt Furgler wird sich seine Gedanken ebenfalls gemacht haben.

Nationalrat Schütz, der alte Gewerkschafts- und Genossenschaftskämpfe aus Zürich, nimmt nur noch halbwegs am Ratsgeschehen teil. Seine Tage im Parlament sind gezählt, denn altershalber hat er auf Ende Oktober seinen Rücktritt eingereicht. Als die SP-Fraktion die Rüstungsdebatte boykottierte, weil ihr von den übrigen Regierungsparteien offiziell unterstützter Kandidat für die Ersatzwahl ins Bundesgericht in der Wahl dann fallengelassen wurde, befand sich von der SP-Fraktion fast nur noch Otti Schütz im Saal. Er hatte den Boykottaufruf nicht gehört. Allerdings befand er sich in guter Gesellschaft. Auch der Präsident der Finanzkommission, SP-Regierungsrat Diethelm aus Schwyz, wollte von einem Boykott nichts gehört haben. Schütz und Diethelm waren sich an derlei kämpferische Fraktionspraktiken offenbar nicht mehr gewöhnt.

Als die Volkskammer am Donnerstag der zweiten Sessionswoche ihre Beratungen zum Rüstungsprogramm beendet hatte, wobei einmal mehr die obligate «Panzerschlacht» nach dem Motto «Wollen wir den Schweizer Panzer 68 oder den deutschen Leopard?» geführt wurde, wartete männiglich auf die Antwort des EMD-Chefs. Gnägi wollte diese erst am Montag der darauffolgenden Woche geben. In den Wandelhallen war zuvor Blick-Chefredaktor Fred Luchsinger herumgeirrt, der mit Herrn Gnägi fürs Mittagessen abgemacht hatte. Ob die mächtige Boulevard-Zeitung unter der Schirmherrschaft von Armee-Reformer Oswald, Chef des Ringier-Imperiums, vor dem Parlament Priorität hatte, oder ob sich Gnägi «Rüedu» ganz einfach die Antwort zu den obligaten PdA-Nichteintretensanträgen übers Wochenende zünftig überlegen wollte, war bisher nicht auszumachen.

Ratsneuling Merz aus dem ausserrhodischen Heiden hat seine Schwierigkeiten mit den immer häufiger auf dem Tisch liegenden wirtschafts-politischen Themen. Wenn fünf Juristen zum gleichen Thema sprechen, meinte der sozialdemokratische Advokat, ist das auch nicht einfach. Da muss man sich unter fünf Interpretationen entscheiden. Wenn ihr Volkswirtschaftler aber zu fünf eure Rezepte verbreitet, gab er seinem in der Volkswirtschaft bewanderten Fraktionskollegen Schmid aus St.Gallen zu verstehen, dann bringt ihr sogar sieben Varianten fertig. Da soll noch einer drauskommen.

Fédéral